

03.04.2018

Niederschrift 001/2018

Jugendhilfeausschuss

am 14.03.2018 | Treffpunkt Villa | Rausinger Straße 1 | 59439 Holzwickede

Beginn 16:15 Uhr

Ende 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Theodor Rieke

Kreistagmitglieder SPD

Herr Norbert Enters

Frau Ursula Lindstedt

Herr Hans-Jörg Piasecki

Kreistagmitglieder CDU

Frau Claudia Gebhard

Herr Jan-Eike Kersting

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Ordentliches Mitglied

Frau Rosemarie Böhme

Herr Rainer Goepfert

Frau Wibke Knoche

Herr Dirk Lampersbach

Anwesend bis 18.30 Uhr

Frau Sandra Weniger

Frau Christine Weyrowitz

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Marc Beckmann

Herr Roland Froch

Herr Bernd Kasischke

Frau Birgit Mescher

Herr Heiner Redeker

Frau Heike Redlin

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Frau Britta Bartmann

Vertretung für Herrn Jürgen Haverkamp

Gäste

Frau Hannah Westermann, Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V.

Herr Frank Zimmer, Geschäftsführer Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V.

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent
Frau Sandra Waßen, Fachbereichsleiterin
Frau Monika Thünker, Jugendhilfeplanerin
Frau Birgit Diers, Schriftführerin

Abwesend:**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Olaf Lauschner

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Jonas Beckmann
Herr Robert Eisler
Herr Jürgen Haverkamp
Herr Jörg Hüchtmann
Herr Huu Phuoc Josef Le
Herr Detlef Maidorn
Herr Sendogan Oturak
Herr Friedrich-Wilhelm Rebbe
Frau Dr. Petra Winzer-Milo

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 02.03.2018 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass in der festgelegten Reihenfolge beraten wird.

Die Anwesenden erklären sich auf Nachfrage von Herrn Rieke damit einverstanden, dass die Presse zur besseren Gremien-Übersicht fotografieren darf. Im Anschluss geht Herr Rieke auf die vor der Sitzung stattgefunden Besichtigung der Übergangskindertagesstätte „Sonnenschein“ ein. Es handele sich dabei um eine sehr gelungene Modulanlage und auch die dortige Leiterin Frau Anja Specke hätte positiv berichtet. Ab Sommer sei diese Einrichtung mit 30 Kindern voll belegt. Er hoffe auf eine reibungslose und zügige Umsetzung der Zusammenführung der beiden Gruppen dieser Übergangseinrichtung mit den beiden Gruppen aus Opherdicke in dem geplanten Neubau am Platz von Louviers.

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- | | |
|----------------|--|
| Punkt 1 | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | Kindertagesbetreuung |

- Punkt 2.1** 024/18 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01. August 2018
- Punkt 2.2** 011/18 Finanzierung neuer Gruppen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs - Kostenanstieg;
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
- Punkt 3** Aufgaben des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.
- Punkt 3.1** 029/18 Jahresbericht 2017 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.
- Punkt 3.2** Vorstellung des gemeinsamen Projektes "Sicher gebunden - Entspannte Eltern -
geschützte Kinder"
- Punkt 4** 205/17/1 Budget 51, Familie und Jugend: Kennzahlen erweitern;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017
- Punkt 5** Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die GPA NRW 2015/2016;
Aufgabenbezogene Personalanalyse
- Punkt 6** 023/18 Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2017
- Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 7.1** 028/18 Hilfen zur Erziehung - Entwicklung der Fallzahlen
- Punkt 7.2** Landesförderung Familienzentren

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 8** Kindertagesbetreuung;
aktueller Stand zur Kindertagesbetreuung
- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Kindertagesbetreuung

Punkt 2.1 024/18 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01. August 2018

Erörterung

Frau Waßen erläutert die Drucksache. Sie teilt mit, dass aktuell für das kommende Kindergartenjahr eine Warteliste mit insgesamt 25 Kindern existiere. Diese 25 Kinder verteilen sich mit 13 auf Bönen und mit 12 auf Fröndenberg/Ruhr. Zur Bedarfsdeckung befände man sich in Bönen zurzeit in Gesprächen hinsichtlich der Installation einer weiteren u3-Gruppe. Ähnlich stelle es sich in Fröndenberg/Ruhr dar, dort solle zur Bedarfsdeckung eine zusätzliche u3/ü3-Gruppe eingerichtet werden. Für Holzwickede gebe es keine Warteliste. Vorsichtshalber habe man dort eine u3/ü3-Gruppe gemeldet, um auf unterjährige Anmeldungen reagieren zu können. Frau Waßen weist an dieser Stelle auf die favorisierte 45-Stunden-Betreuung in Holzwickede hin. Diese stelle eine Sondersituation gegenüber der 35-Stunden-Betreuung in Bönen und Fröndenberg/Ruhr dar.

Herr Enters bedankt sich für die Berichterstattung und führt aus, dass im u3-Betreuungsbereich durchaus weitere Veränderungen absehbar seien. Die SPD-Fraktion schlägt vor, dass sich das Jugendamt künftig mit einer mittelfristigen Planung beschäftige.

Frau Waßen führt aus, dass in der Vergangenheit in regelmäßigen Abständen eine dreijährige Kindergartenbedarfsplanung vorgelegt worden sei. Für die nächste Sitzung sei eine Berichterstattung vorgesehen.

Beschluss

Der Kreisjugendhilfeausschuss beschließt die im Rahmen der Jugendhilfeplanung festgelegten Gruppenformen und Betreuungszeiten für das Kindergartenjahr 2018/19.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2.2 011/18 Finanzierung neuer Gruppen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs - Kostenanstieg; Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Beschluss

Folgender, gemäß § 3 Abs. 1 AG KJHG und in analoger Anwendung des § 50 Abs. 3 der Kreisordnung NRW im Wege äußerster Dringlichkeit am 05.02.2018 von Herrn Landrat Michael Makiolla und dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Jan-Eike Kersting gefasster Beschluss wird genehmigt:

Der im Sachbericht dargestellten Erhöhung der Kosten um insgesamt 233.000 Euro für den Umbau des Bonhoefferhauses in Fröndenberg/Ruhr und für den Anbau an die ev. Kindertageseinrichtung Immanuel, Bönen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 3 Aufgaben des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.

Punkt 3.1 029/18 Jahresbericht 2017 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V.

Erörterung

Herr Zimmer stellt den Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. vor. Er teilt mit, dass es den Verband seit 1986 gebe und er kreisweit tätig sei. Das Team sei sehr klein, aber dennoch für zehn Städte und Gemeinden zuständig. Aktuell würden dem Kinderschutzbund die zunehmenden Zahlen von Vernachlässigungsproblematiken in Familien große Sorgen bereiten. Seit drei Jahren begleite Frau Westermann das Projekt „Cybermobbing“ an Grundschulen im Kreis Unna; auch diese Thematik beschäftige den Kinderschutzbund sehr. Es stünde sogar die Überlegung an, das Projekt auf Kindertageseinrichtungen zu erweitern. Das ehrenamtlich geführte Kinder- und Jugendtelefon existiere seit 1985, dort liefen jährlich 2.000 bis 4.000 Anrufe auf. Die dortigen Mitarbeiter seien gut geschult und würden regelmäßig weitergebildet. Zusätzlich bilde man bereits Mitarbeiter im Bereich der Online-Beratung aus, denn dieses Medium werde häufig von Jugendlichen für eine Kontaktaufnahme zum Kinderschutzbund genutzt. Bezugnehmend auf Seite 4 des Jahresberichtes teilt Herr Zimmer mit, dass der Einbruch der Klientenzahl auf den Tod seines Kollegen zurückzuführen sei. Zurzeit würden mehr als 300 Kinder in Familien betreut und es gebe drei Mitarbeiter für den therapeutischen Bereich. Der Bereich „Aufsuchende Hilfen“ hätte sich erweitert und insgesamt ergebe sich für diese Arbeit ein sehr hoher zeitlicher Aufwand. Seite 5 des Jahresberichtes zeige einen hohen Anteil an Vernachlässigungsproblematiken sowie sexuellem Missbrauch, diese Anteile stellten sich seit mehreren Jahren gleichbleibend hoch dar. Im Bereich Mobbing nähmen die Zahlen ebenfalls zu; überwiegend betroffen seien Mädchen, gerade im Bereich Cybermobbing. Vernachlässigungen ergäben sich häufig in sogenannten „Brennpunktfamilien“. Dabei handele es sich um Familien, in denen es unterschiedliche Problematiken gäbe, wie Abhängigkeiten, Süchte, Gewalt, Armut, Schulproblematiken, usw. Mit diesen Familien müsse sehr intensiv gearbeitet werden, damit eine positive Wirkung erzielt werden könne. Vielfach handele es sich in diesem Bereich um eine sehr frustrierende Arbeit, zumal ein Scheitern der Mitarbeiter keine Seltenheit sei. Auf Seite 6 des Jahresberichtes sei ersichtlich, dass bei der kommunalen Verteilung betreuter Kinder im Jahr 2017 die Städte Unna und Selm deutlich im oberen Bereich lägen. Das resultiere zum größten Teil daraus, dass sich in Unna der Hauptsitz und in Selm eine Zweigstelle des Kinderschutzbundes befände. In Fröndenberg/Ruhr bestünde ein sehr enger Kontakt zur dortigen Gesamtschule und auch dadurch ergäben sich viele Beratungsfälle.

Auf Nachfrage von Frau Lindstedt antwortet Herr Zimmer, dass sich in Fröndenberg/Ruhr überwiegend die Träger der Jugendhilfeeinrichtungen an den Kinderschutzbund wenden würden. Eine Statistik über Fälle aus Fröndenberg/Ruhr liege nicht vor.

Auf Nachfrage von Herrn Kersting führt Herr Zimmer aus, dass Lünen statistisch immer im unteren Drittel liege. Lünen sei vielfach nach Dortmund orientiert, das ließe sich auch in anderen Bereichen erkennen.

Es ergibt sich eine Diskussion innerhalb des Gremiums in Bezug auf Fröndenberg/Ruhr und Lünen. Einigkeit bestehe dahingehend, dass ein gemeinsames Netzwerk entscheidend sei.

Herr Zimmer setzt seinen Bericht fort und übergibt anschließend das Wort an Frau Westermann.

Frau Westermann teilt mit, dass das Projekt „Cybermobbing“ seit Sommer 2015 lief und von Anfang an sehr gut angenommen würde. Im Vergleich zum letzten Jahr sei die Anzahl der betreuten Klassen um 50 Prozent gestiegen. Der Ausblick auf dieses Jahr deute auf einen weiteren Anstieg hin, es gebe bis zum Sommer 27 angemeldete Klassen. 2017 sei sie von einer Praktikantin begleitet worden, die das Projekt in ihrer Masterarbeit evaluiert hätte. Die Praktikantin sei durch Befragungen der Kinder zu dem Ergebnis gekommen, dass in Bezug auf deren Wissensgehalt und dem Umgang mit dem Internet durchaus Auswirkungen feststellbar seien. Aufgrund der hohen Nachfrage hätte Frau Westermann noch mehr Klassen annehmen können, aber auch ihre Terminannahme sei begrenzt. Sogar weiterführende Schulen kämen mit Anfragen auf sie zu. Die Einbeziehung der Eltern gestalte sich schwierig, zumal sich meistens Eltern anmelden würden, die bereits entsprechende Kenntnisse hätten.

Auf Nachfrage von Frau Heinrichsen antwortet Frau Westermann, dass bisher noch kein Kontakt mit Kindertageseinrichtungen aufgenommen worden sei. Die Finanzierung des Projektes lief über Spenden der „Lions“. Zurzeit mache man sich intern Gedanken über eine Projekterweiterung (weiterführende Schulen, Kindertageseinrichtungen), aber entsprechende Gespräche müssten noch geführt werden.

Herr Rieke bedankt sich für die Ausführungen. Es sei eindeutig erkennbar, wie gut die bereitgestellten Mittel hier angelegt würden. Er geht davon aus, dass diese effektive und gute Arbeit auch weiterhin in der Weise fortgeführt werden könne.

Im Namen der SPD-Fraktion möchte Herr Enters die Aussage von Herrn Rieke verstärken. Der Kinderschutzbund leiste sehr gute Arbeit und fände durch seine Fraktion volle Unterstützung.

Der Jahresbericht 2017 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V. wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2 Vorstellung des gemeinsamen Projektes "Sicher gebunden - Entspannte Eltern - geschützte Kinder"

Erörterung

Herr Göpfert teilt mit, dass das Eltern-Kind-Verhältnis bzw. die Bindung zwischen Eltern und Kind bedeutend für das gelingende Aufwachsen von Kindern sei. Vermehrt gebe es insbesondere wegen psychischer Belastungen/Vorbelastungen der Eltern Probleme mit dem Gelingen einer solchen Bindung. Daraus sei die Idee für dieses Projekt entstanden.

Grundsätzlich ginge es darum, den Entwicklungsproblemen vorbeugend begegnen und mit langfristigen Hilfen zur Erziehung entgegenwirken zu können, so Frau Thünker. Kinder mit einer sicheren Bindung könnten zum Beispiel besser lernen, seien gesünder und sozialkompetenter. Dies sei auch wissenschaftlich belegt worden, durch Gehirnforschung, empirische Studien und nicht zuletzt auch durch die KeKiZ(Kein Kind zurücklassen)-Evaluation. Ende 2017 sei das Projekt gestartet und es lägen bereits erste positive Erfahrungen vor.

Herr Zimmer erklärt, dass der Kinderschutzbund, die Jugendämter und die Beratungsstellen schon immer mit den Themen Gewalt, Vernachlässigungen und Missbrauch intensiv gearbeitet hätten, aber aus seiner Sicht auch oft gescheitert seien. Im Grunde kenne jedes Jugendamt eine Familie, die über Generationen begleitet würde. Meistens könne nur reagiert und keine dauerhafte Lösung herbeigeführt werden, die Familien kämen nicht aus ihren Problemlagen raus. Er habe sich die Frage gestellt, was hinter dieser Problematik stecke und sei darauf gekommen, die Bindungen zu betrachten. Es gebe in der Jugendhilfe nur wenige konkrete Projekte, die sich mit dem Thema Bindung beschäftigen. Eltern, denen keine Bindung zu ihren Kindern gelungen sei, könnten auch nicht deren Bedürfnisse erkennen. Überwiegend betroffen seien Frauen bzw. Mütter. Sie würden Problematiken, häufiger als Männer bzw. Väter, auf der psychischen Ebene verarbeiten. Hier müssten zunächst die eigenen traumatischen Erlebnisse bzw. Erfahrungen aufgearbeitet werden. Danach erst könne an der Bindung zum Kind bzw. zur Familie gearbeitet werden. Bedeutend für einen Erfolg sei die richtige Reihenfolge. Es gebe keine Erfahrungswerte mit diesem Projekt, da es sich um ein Pilotprojekt handele. Gestartet sei man mit drei unterschiedlichen Familien, mit unterschiedlichen Jugendamtsmitarbeitern, Fachkräften, Familienhebammen und Beratern. Die Dauer des Projekts sei für zweieinhalb Jahre ausgelegt, mit anfangs einem Termin wöchentlich. Die angesprochenen Familien hätten sofort zugesagt. Ein Hauptmotivationsgrund sei gewesen, wieder selbstständig und unabhängig die eigenen Dinge regeln zu können. Genau das solle mit diesen Konzepten erreicht werden, denn so könne die Jugendhilfe zurückgefahren werden.

Es handele sich um ein wichtiges Projekt, so Herr Rieke. Der Jugendhilfeausschuss werde es weiterhin begleiten.

Herr Kampmann äußert folgenden Hinweis zur besseren Erreichbarkeit junger Familien schon vor der Geburt des Kindes: In Lünen gebe es zum Beispiel diverse Beratungs-Standorte und dort stünde den Familien u.a. eine Hebamme zur Verfügung. Dieser Ansatz sei erfolgreich und würde sehr gut angenommen.

Die CDU-Fraktion begrüßt das Projekt, so Herr Kersting. Die aus dem Projekt hervorgehende Arbeit ginge bereits über die Jugendhilfe hinaus, da es auch die Eltern betreffe. Zum Tragen kämen hier andere Netzwerke und niedrigschwellige Angebote, die mit eingearbeitet würden. Der Jugendhilfeausschuss sollte das Projekt begleiten und neue Erkenntnisse regelmäßig aufarbeiten.

Diese Anregung findet innerhalb des Gremiums allgemeine Zustimmung.

Herr Piasecki bezieht sich auf die erwähnten psychischen Erkrankungen und regt an, eventuell Angebote der Krankenkassen einzuholen, zum Beispiel für eine Mutter-Kind-Kur o.ä.; wichtig seien spezifische Maßnahmen, die zur Entlastung beitragen.

Frau Thünker ergänzt, dass das Projekt nach Ablauf im Rahmen kommunaler Präventionsketten evaluiert werde. Dabei würde erörtert, was die Eltern innerhalb des Projektzeitraums erreicht hätten. Ein halbes Jahr nach Projektabschluss würden die Eltern, mit Blick auf Nachhaltigkeit, erneut befragt.

Frau Lindstedt führt aus, dass es wichtig sei, innerhalb der Schulen die Sensibilität zur Erkennung psychischer Erkrankungen zu fördern. Wenn Eltern psychisch erkrankten, dann seien es häufig die Kinder, die den Schein aufrecht erhalten und die Familie managen würden.

**Punkt 4 205/17/1 Budget 51, Familie und Jugend: Kennzahlen erweitern;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2017**

Erörterung

Frau Heinrichsen erläutert den gestellten Antrag dahingehend, dass es ihrer Fraktion darum gehe, die Zahl „Aufwand pro Einwohner in der Zielgruppe“ darzustellen. In den Kennzahlen sei sie nicht auffindbar und wenn diesem Wunsch entsprochen würde, dann hätte sich der Antrag auch sozusagen erledigt.

Herr Göpfert signalisiert, dass die bereits auf Seite 15 im Budgetbericht dargestellt Grafik künftig auch auf Seite 52 unter den Wirkungs- und Leistungszielen als Kennzahl dargestellt werde.

Anmerkung der Schriftführung:

Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag vom 06.12.2017 wurde am 20.03.2018 schriftlich zurückgezogen.

**Punkt 5 Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die GPA NRW 2015/2016;
Aufgabenbezogene Personalanalyse**

Erörterung

Herr Göpfert erläutert die Thematik ausführlich anhand einer Präsentation (siehe Anlage).

Herr Enters bedankt sich für die Berichterstattung. Er führt aus, dass durchaus politisches Verständnis hinsichtlich der Jugendarbeit, erzieherischer Hilfen, Kindertagesbetreuung und deren Qualität vorliege. Diese Qualität sollte man sich in keinem Fall durch den Bericht der GPA aufgrund nicht miteinander vergleichbarer Zahlen nehmen lassen. Möglichen Veränderungen an der einen oder anderen Stelle stünde seine Fraktion aufgeschlossen gegenüber.

Herr Kersting erläutert, dass die gesamte Arbeit zufriedenstellend sei und es sei politischer Wille sei, bestimmte Abläufe nicht anders zu gestalten. Daten für mögliche Vergleiche müssten mit Vorsicht betrachtet werden, denn dadurch entstünden Fehlleitungen hinsichtlich besonderer Aussagen bzw. Begründungen. Er bedankt sich für die geleistete Arbeit und dafür, dass eine entsprechende Darstellung möglich gewesen sei.

Punkt 6 023/18 Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2017

Erörterung

Frau Waßen nimmt Bezug auf die erstellte Drucksache und hebt folgende Bereiche hervor:

1. **Kindeswohlgefährdungen** (Tätigkeitsbericht, Seite 12)

Inobhutnahmen – Anstieg von acht auf 22

Familiengerichtliche Verfahren – Anstieg von 27 auf 34 (in diesen Fällen würde gutachterlich geprüft, ob bei den Eltern Erziehungsfähigkeit gegeben sei)

2. **Stationäre Hilfen** (Tätigkeitsbericht, Seite 7)

Anstieg im Durchschnitt von 28,8 (2016) auf 31,43 (2017)

In den einzelnen Sozialdiensten sei eine Bestandsaufnahme durchgeführt worden und diese würde zurzeit durch eine Arbeitsgruppe betrachtet und ausgewertet. Daraus ergäben sich dann die Instrumente für eine entsprechende Gegensteuerung. Entsprechende Ergebnisse würden dann im Ausschuss präsentiert.

3. **Psychologische Beratungsstelle** (Tätigkeitsbericht, Seite 15)

Anstieg von zwei Fällen Anfang 2018 auf aktuell zehn Fälle, u.a. auch an stationären Hilfen (unter 18jährige und junge Volljährige)

Hier lägen viele Fälle aus dem Bereich der Essstörungen vor und damit müsse entsprechend umgegangen werden.

4. **Unterhaltungsvorschussgesetz – UVG** (Tätigkeitsbericht, Seiten 31/32)

Erhöhung der Stellenanteile von zwei auf drei seit Juli 2017 (Gesetzesänderung)

Problematisch sei in diesem Bereich der Verwaltungsaufwand, zum Beispiel bezüglich abgefragter Statistiken, rückwirkender Zahlen ab dem Jahr 1980. Es gebe bereits eine Meldung der Kreisjugendämter an das Familienministerium und auch die kommunalen Spitzenverbände seien bereits tätig geworden. Hintergrund der Nachfragen sei hier auch zum Teil die Tatsache, die Rückführungen auf das Land zu übertragen.

Die CDU-Fraktion regt für künftige Tätigkeitsberichte an, der Auflistung der einzelnen Jugendamtskommunen Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede eine Zeitskala hinzuzufügen, so Herr Kersting.

Frau Waßen antwortet, dass in den künftigen Jahren eine differenzierte Darstellung erfolgen werde.

Die SPD-Fraktion befasse sich unter anderem mit der Frage der generellen Ausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Entwicklung innerhalb der einzelnen Kommunen, so Herr Enters. Insgesamt betrachte sie verschiedene Problemlagen und werde sicherlich noch einige Nachfragen an das Jugendamt richten. Bei den auslaufenden Hilfen für junge Volljährige aus dem Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sei seiner Fraktion nicht nur die Statistik, sondern das hinter jedem Fall stehende Schicksal wichtig. Die Ergebnisse aus dem Bereich der altersintegrierten Sprachentwicklung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen interessiere die SPD-Fraktion ebenso. Auch hier würden sich sicherlich Vorschläge und Nachfragen ergeben.

Frau Heinrichsen fragt nach, ob bereits bekannt sei, wann die Präventionskonzepte in den drei Jugendamtskommunen fertig gestellt würden bzw. wann eine entsprechende Gegenüberstellung möglich sei.

Herr Göpfert antwortet, dass es drei unterschiedliche Präventionskonzepte geben werde. Eine Gegenüberstellung werde daher voraussichtlich nicht gut gelingen. Die Präventionskonzepte müssten in jedem Fall im Jugendhilfeausschuss beraten und beschlossen werden. Ebenso müssten die entsprechenden Räte der drei Kommunen eine Beschlussfassung herbeiführen, zumal Rechtssicherheit entstehen müsse.

Frau Waßen ergänzt, dass in Fröndenberg/Ruhr bereits ein Konzeptentwurf in den Rat eingebracht worden sei. Auch in Holzwickede habe man das Konzept bereits der Verwaltung vorgelegt. In Bönen befände man sich zurzeit aufgrund der personellen Situation verwaltungsseitig im Rückstand.

Der Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Familie und Jugend für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 7.1 028/18 Hilfen zur Erziehung - Entwicklung der Fallzahlen

Erörterung

Herr Göpfert teilt mit, dass die vorgelegten Fallzahlen den Jahresabschluss 2017 in den Gesamtfallzahlen widerspiegeln würden.

Die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich "Hilfen zur Erziehung" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7.2 Landesförderung Familienzentren

Erörterung

Herr Göpfert teilt mit, dass die Landesregierung ab diesem Jahr 150 weitere Familienzentren fördere. Familienzentren hätten für die Begleitung von Familien einen hohen Stellenwert. Der Kreis Unna erhalte drei zusätzliche Familienzentren in Lünen, Bergkamen und Unna. Somit leider nicht für den Jugendamtsbezirk des Kreises Unna. Insgesamt stelle die Förderung aber eine gute Entwicklung für das Land Nordrhein-Westfalen dar.

Anlage

Präsentation "Überörtliche Prüfung des Kreises Unna durch die GPA NRW 2015 / 2016 – Aufgabenbezogene Personalanalyse" – Bericht Herr Göpfert

gez. Birgit Diers
Schriftführerin

gez. Theodor Rieke
Vorsitzender